

**Sitzung des Beirates für Migration und Integration am 30.08.2012, Nr. 2
öffentlich**

Sachstandsbericht zur Resolution des Beirates für Migration und Integration - Einführung eines kommunalen Wahlrechts

KSD 20124165

Der Beirat für Migration und Integration hat in seiner Sitzung am 17.2.2011 mehrheitlich den Antrag für eine Resolution zur Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Migrantinnen und Migranten, die rechtmäßig und dauerhaft mindestens für fünf Jahre in Deutschland leben, gestellt.

Der Antrag wurde vom Beirat für Migration und Integration an die Ministerin Frau Doris Barnett weitergeleitet. Durch Fr. Barnett erfolgte die Weiterleitung der Resolution an das Bundesministerium des Inneren, Herr Dr. Friedrich und an die Beauftragte für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer.

Auf die oben genannten Schreiben vom Feb. 2012 hat Herr Bundesminister des Inneren Hr. Dr. Friedrich mit Schreiben vom 23.03.2012 geantwortet.

ANTRAG

Der Beirat für Migration und Integration möge das Antwortschreiben zur Kenntnis nehmen.

Schreiben siehe Anhang.